

„Eine Tochter zur Welt zu bringen, ist ein Unglück“

Armutsbekämpfung beginnt mit Gleichberechtigung

Marc Tornow

Der Alltag von nepalesischen Mädchen und Frauen ist geprägt von Diskriminierungen und Benachteiligungen. Dies hat negative Auswirkungen für die Entwicklung des ganzen Landes. „Eine Tochter zur Welt zu bringen, ist ein Unglück.“ lautet nur eines von vielen gängigen Sprichwörtern aus Nepal, die den Status von Mädchen und Frauen in dem Himalaja-Staat versinnbildlichen. Die Mehrheit der Nepalesen folgt sehr konservativen Lebensentwürfen – gerade bei Fragen der Heirat und zum Familienleben. Vielfach herrscht der Glaube, dass Frauen ihrem Mann gehorchen und dienen sollen.

„Einige Nepalesen sind sich zwar der Diskriminierung von Frauen bewusst, dennoch fahren sie mit den bekannten Verhaltensweisen fort. Einerseits aus Unwissenheit, andererseits geht es auch um Macht – und die Wenigsten wollen ihre Macht verlieren“, sagt Madhuwanti Tuladhar, Koordinatorin für Gleichstellung und Kinderrechte bei *Plan Nepal*. Das Kinderhilfswerk fördert mit seinen Projekten gezielt Mädchen und Frauen, beispielsweise in Jugendclubs, Ausbildungs- und Schulprojekten. Dabei stehen die Plan-Teams vor der Herausforderung, tradierte Verhaltensweisen zu ändern. Denn das Patriarchat beeinflusst als übergreifendes Konzept alle Bereiche des Lebens, zum Beispiel die Gesetzgebung und das Bildungssystem.

Frauen in Nepal

Obwohl die Verfassung von 1990 die geschlechterspezifische Diskriminierung verbietet, existieren noch etwa 100 Gesetze, die die Rechte von Frauen einschränken. Beispiel: Eigentumsrecht. Üblicherweise steht Töchtern kein Anteil am Erbe des Vaters zu und ohne Einwilligung

der männlichen Familienmitglieder können Frauen nur in beschränktem Umfang Besitz verkaufen. Diese Verhältnisse beruhen auch auf einem traditionellen Rechtsverständnis, wie es in den hinduistischen Rechtstexten kodifiziert ist, unter anderem in den beiden Texten Mitakshara des Vijnaneshvara (11.-Jahrhundert) und Dayabhaga des Jimutavahana (12. Jahrhundert) zurückreicht. Sie weisen Mädchen und Frauen auf unterschiedliche Weise eine untergeordnete Stellung zu.

Zwar hat die Regierung in jüngster Zeit Gesetzesänderungen zur Stärkung von Frauen- und Kinderrechten vorgenommen – etwa 2002 im Zivilgesetzbuch –, doch es hapert noch immer an der sozialen Durchsetzung der Gleichstellung. Nur 17 Prozent der Frauen verfügen über eigene Wirtschaftsgüter und gar nur 5,25 Prozent besitzen eigenes Land. Diese Zahlen dokumentieren, in welchen Abhängigkeiten die meisten Frauen hier leben müssen. Tatsächlich bestimmen oft die Männer, wer wann zum Beispiel eine Schule besuchen kann oder bei Krankheit einen Arzt aufsuchen darf.

Ein Instrument, um diese Zustände in einen internationalen Kontext zu rücken, ist der *Gender-related Development Index* (GDI) der Vereinten Nationen (UN). Mit dem GDI lässt sich der Grad der Entwicklung eines Landes in Relation zur Gleichstellung der Frau dokumentieren. Zu den Variablen der Rechnung gehören Einkommen, die Lebenserwartung, Alphabetisierung, Anzahl von Schüler und Studierenden – im Verhältnis zur Gleichstellung von Mann und Frau. Nepal rangiert bei diesem Vergleich auf Rang 136 von 177 Ländern (Deutschland Rang 18).

Der GDI macht auch regionale Unterschiede sichtbar. So ist der Lebensstandard von Frauen abhängig von der Klasse und Kaste, vor allem aber vom Wohnort. In nepalesischen Städten ist die Chancengleichheit demnach größer als etwa im südlichen Terai. Dort ist zum Beispiel die Tradition der Mitgift verbreitet. Eltern müssen für die Ehen ihrer Töchter einen Preis an die Familien des künftigen Ehemanns entrichten. In Kathmandu treten Frauen dagegen als Reiseführerinnen auf oder sie handeln auf Märkten. In einigen Fällen betreiben sie eigene

Hotels – wie etwa bei den Sherpa im Nordosten. Doch wie sooft bestätigen Ausnahmen die Regel.

Jugend in Nepal

Nur 37 Prozent der Kinder in Nepal haben eine Geburtsurkunde. Ohne dieses Dokument verringern sich ihre Chancen: Sie werden besonders häufig Opfer von Kinderhandel, ausbeuterischer Arbeit und Missbrauch. Als Erwachsene können sie bestimmte Berufe nicht ausüben, etwa auf Regierungsebene. Obwohl die Registrierung kostenlos ist, melden die Familien häufiger ihre Söhne als ihre Töchter bei den Behörden an. In Kooperation mit UNICEF engagiert sich Plan International in einer Kampagne zur universellen Geburtenregistrierung. Ziel ist es, möglichst alle Kinder in Entwicklungsländern zu registrieren und so ihre Rechte zu stärken.

Mädchen werden nicht nur seltener registriert, sie werden auch in anderen Bereichen gegenüber Jungen benachteiligt. Familien verwehren ihnen eine angemessene Förderung, etwa durch einen längerfristigen Schulbesuch oder gar ein Studium. Stattdessen sollen sie im Haushalt helfen, werden auf ihre Rolle als künftige Ehefrau vorbereitet und möglichst frühzeitig verheiratet. 84 Prozent der Nepalesinnen werden bereits vor ihrem 19. Geburtstag verheiratet – teilweise schon mit 15. Bei den Jungen sind es 68 Prozent. Eine frühe Heirat schmälert jedoch die begrenzten Möglichkeiten auf eine persönliche Entwicklung. Kommt dann eine frühe Mutterschaft hinzu, haben die jungen Nepalesinnen im Vergleich mit den Jungen abermals geringere Möglichkeiten, an Bildungsangeboten teilzunehmen oder frei über ihre berufliche Zukunft zu entscheiden.

Die besonderen Schwierigkeiten vor allem für Mädchen lassen sich auf patriarchische Werte und Normen in der nepalesischen Gesellschaft zurückführen. Das zeigt sich zum Beispiel

darin, dass es häufig die Mütter selbst sind, die ihre Töchter vom Unterricht fernhalten. „Sie realisieren nicht, dass sie einen Fehler begehen“, sagt Frau Tuladhar.

Mehr Gleichberechtigung, weniger Armut

In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen haben sich die Regierungschefs aus 189 Ländern auf die Erfüllung von acht Entwicklungszielen geeinigt. Bis 2015 soll unter anderem die Halbierung der Zahl der absolut Armen sowie eine Grundschulbildung für alle Mädchen und Jungen realisiert werden. Es sollen also Probleme beseitigt werden, die auch in Nepal dringend einer Lösung bedürfen. Dies kann nur gelingen, wenn Frauen stärker an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt werden, wie Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank belegen.

Ein Schlüssel liegt demnach in der besseren Bildung von Mädchen und Frauen: Je mehr Mädchen in einem Land ausgebildet werden, desto geringer die Sterblichkeits- und Geburtenraten; die Überbevölkerung wird eingedämmt. Für die kommenden Generationen verbessern sich die Chancen auf bessere Bildung weiter. Überdies sind Familien mit besser gebildeten Müttern gesünder. Es gilt inzwischen als erwiesen, dass durch bessere Förderung von Mädchen mittelfristig auch ihre Familien in der Arbeitswelt weniger unterdrückt und ausgebeutet werden. Aus dieser Erkenntnis setzen Nichtregierungsorganisationen wie *Plan Nepal* auf eine bessere Förderung von Mädchen in seinen Schul- und Ausbildungsprojekten: „Stück für Stück überzeugen wir die Menschen davon, dass Gleichberechtigung etwas nützt. So entstehen langfristig Freiräume für Mädchen und Frauen“, erklärt Frau Tuladhar.

Die Ungleichbehandlung von Frauen durch Regierungen, Gemeinden oder

die eigenen Familien führt hingegen zu einem lebenslangen Kreislauf von Benachteiligungen. Ungebildete und schlecht ausgebildete Mütter sorgen schlechter für ihre Kinder, finden selten eine Anstellung in ertragreichen Berufszweigen und haben kaum die Möglichkeit, an öffentlichen Entscheidungen teilzuhaben. Ein niedriger Bildungsgrad bedingt zudem ein geringeres Verantwortungsbewusstsein für die Familie. Fazit: Geschlechterdiskriminierung behindert eine nachhaltige Entwicklung. Oder anders gesagt: Nachhaltige Armutsbekämpfung beginnt mit stärkerer Gleichberechtigung.

Bildung für alle

Da der Faktor Bildung entscheidenden Einfluss hat auf die Situation der Frauen und somit der des Landes, steht am Anfang einer nachhaltigen Entwicklung die gleichberechtigte Förderung von Mädchen und Jungen in Grundschulen. Doch ausgerechnet hier liegen die Staaten Südasiens im internationalen Vergleich auf den hinteren Rängen. Etwa 35 Prozent aller Nepalesinnen sind alphabetisiert, während etwa 65 Prozent der Männer lesen und schreiben können.

Damit mehr Mädchen am Unterricht teilnehmen können, müssen soziale und wirtschaftliche Barrieren beseitigt werden, die die Eltern davon abhalten, ihre Töchter zur Schule zu schicken. Mädchen werden in Nepal vielfach als „Wirtschaftsobjekte“ behandelt, etwa als billige Arbeitskräfte oder bei Heiraten, bei denen häufig eine Mitgift bezahlt wird. Gegen diskriminierende Traditionen wie diese helfen zum Beispiel Komitees, die lokale Nichtregierungsorganisationen mit Unterstützung von Plan Nepal einrichtet. Sie fungieren als Anlaufstellen für Mädchen und Frauen. Parallele Projekte zur Kleinkreditvergabe bieten einen finanziellen Anreiz, eigenständig wirtschaftlich unabhängiger zu werden und durch die gewonnenen Kapazi-

täten den Mädchen zum Beispiel einen Schulbesuch zu ermöglichen.

Auswirkungen der politischen Instabilität

Neue Gesetze – etwa für den Schutz von Minderjährigen – konnten bislang nicht verabschiedet werden, weil sich die Regierungen als zu instabil erwiesen. Politiker wurden im schnellen Rhythmus ausgewechselt. Die wiederholte

Ausgangssperren, Streiks und Blockaden wirkten sich wiederum auf die übrigen Projekte des Kinderhilfswerks aus. So konnten auch Programme zur Förderung von Mädchen nur mit Verzögerungen umgesetzt werden, da die Bewegungsfreiheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschränkt war. Nichtregierungsorganisationen knüpfen daher große Hoffnungen an die geplanten Wahlen und damit einhergehende politische Stabilität. Beide sind Vorausset-

zungen für eine bessere Gleichstellung und einer damit verbundenen nachhaltigen Entwicklung des Landes.

Zum Autor

Marc Tornow hat Ethnologie studiert. Nach freiberuflicher journalistischer Tätigkeit arbeitet er seit 2005 als Pressereferent für *Plan International Deutschland e. V.* in Hamburg.

Hoffnung stirbt zuletzt

Die von vielen ersehnte „Friedensdividende“ lässt weiter auf sich warten, neue Konfliktlinien tun sich auf

Thomas Döhne

In Nepal sind die Zeichen der politischen Ernüchterung unverkennbar. Zwar hat sich die 8-Parteien-Übergangsregierung nach längerem Ringen auf den 22. November 2007 als Wahltermin für eine verfassungsgebende Versammlung verständigt, doch diese Übereinkunft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein erhebliches Sicherheitsvakuum besteht. Nach wie vor sind versteckte und offene Drohungen, Gewalt und gezielte Tötungen an der Tagesordnung. Wie unter solchen Umständen eine friedliche und faire Wahl stattfinden kann, weiß zurzeit keiner. Falls der fragile Prozess jedoch scheitert, drohen neue Kriege - und als *worst case*-Szenario der Staatszerfall.

Drohungen und die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener Ziele und Interessen sind heute so sehr Teil der politischen Alltagskultur in Nepal, dass jede Annahme, die nächsten Monate bis zur Wahl am 22. November könnten ein beschaulicher Sonntagsspaziergang werden, der zwangsläufig in eine hoffnungsvolle demokratische Zukunft mündet, als realitätsfern und äußerst naiv anzusehen ist. Dagegen spricht nicht nur, dass die Entwicklung einer demokratischen Kultur Zeit und eine materielle Grundlage braucht und ideell im sozialen und institutionellen Leben verankert sein muss.

Dagegen spricht außerdem die gefährliche Rhetorik und das unverantwortliche Handeln all jener politischer Akteure, die nicht ernsthaft an einer demokratischen Entscheidungsfindung über den zukünftigen Weg des Landes interessiert zu sein scheinen. Erst vor wenigen Tagen hat die Friedensmission der Vereinten Nationen (UNMIN) darauf hingewiesen, dass anhaltende Drohungen und fortgesetzte Gewalt bewaffneter Gruppen (Selbstjustiz, Entführungen, gezielte Tötungen) nicht nur die Wahlen am 22. November sondern den Friedensprozess insgesamt ernsthaft gefährden könnten. Über die möglicherwei-

se katastrophalen Folgen eines solchen Scheiterns für das krisengeplagte Land mag zuzeit niemand nachdenken.

Demokratisierungsprozess hakt

Der Demokratisierungsprozess – so zeigt die bisherige Erfahrung – hakt mindestens an drei Stellen:

- Die Frage, ob die eigentlich bereits für Juni 2007 vorgesehene Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung am 22. November überhaupt stattfinden kann, ist mit der Verkündung des Wahltermins allein noch nicht gelöst. Es ist der-